

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden
Koblen & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preis: einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Tag der Arbeit" und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 Mk.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schreibzeitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: bei 29 mm breite Nonparallogesse
30 Pf., bei 90 mm breite Reklamespalte 1,50 Mk., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Verteilung 10 Pf.

Nr. 246

Dresden, Mittwoch den 21. Oktober 1925

36. Jahrg.

Schule und Finanzen

H. F. Der Städtetag hat sich deshalb gegen den Reichs-
ratgeheimrat ausgesprochen, weil die Durchführung eines
solchen Gesetzes den Gemeinden große Mehrkosten ver-
ursachen würde. Die kulturelle Seite der Angelegenheit inter-
essiert die Öffentlichkeit nicht weiter. Nun ist aller-
dings die Finanzfrage von großer Bedeutung;
zählt sie doch den frassen Einfluss der Absichten
der Reichsregierung im besten Lichte.

Das Dresdner Stadtverordneten-
gremium hat mit Stimmgleichheit einen Vor-
schlag des Ausschusses abgelehnt, der sich dem
Beschluss des Städtetages angeschlossen hätte.
Der Vortrag wollte allerdings weit über
den Beschluss des Städtetages hinausgehen. Er verlangte den
Protest auch wegen der offenbaren Verfassungswid-
rigkeit des Gesetzesentwurfs, der vom Schulan-
tenrat entworfen und vor Abendung des Städtetages
entworfen worden sollte. Dazu aber konnte sich die
Mehrheit der Bürgerlichen nicht aufschwingen. Und der Herr
Schulrat — einer der schlimmsten Schulreaktionäre —
hat sich dem ablehnenden Beschluss sehr bedientigt aufgesetzt
haben. Schon deswegen, weil ihm dadurch eine Arbeit er-
wartet bleibt, die ihm sicher recht teuer geworden wäre. Hoffen-
lich ist damit aber die Sache für das Dresdner Stadtparla-
ment noch nicht erledigt. Es wird von neuem spätestens dann
Gelegenheit zur Stellungnahme haben, wenn der ein-
seitige Entwurf an den Reichstag vorliegt. Vielleicht hilft
insoweit auch der Sächsische Lehrerverein mit der Ver-
schaffung von Material zu einem entschiedenen Protest dem
Dresdner Schulrat etwas auf die Beine. Besonders, soweit
Dresdner Schulverhältnisse und die Rückwirkung
auf die durch ein rückschrittliches Reichsschulgesetz in organi-
satorischer und verwaltungstechnischer Hinsicht in Betracht
kommen. Solche Beispiele aus Großstädten können sehr an-
schaulich und instruktiv wirken, wie eine Denkschrift der
Chemnitzer Stadtverwaltung, sehr eindringlich zeigt.

Eine ungeheuerliche Zurückdrängung des Schulwesens
durch ein reaktionäres Reichsgesetz, wie es der Referenten-
entwurf enthält, liegt besonders in der dann notwendigen
organisatorischen Zersplitterung der Volksschule. Wir haben
in Zukunft außer der evangelischen und der katholischen Kirche
auch Religionsgemeinschaften — im ganzen also sieben — die
das Recht öffentlicher Körperlichkeiten besitzen. Sie alle hätten
das Recht, Anträge auf bestimmte Schularten zu stellen. In
Großstädten könnte es also vorkommen, daß sich etwa drei-
vierzig verschiedene Schulgattungen aufstun. Die
Pluralität im Schulwesen glücklich so ziemlich überwunden
zu ihre Auferstehung erleben. Natürlich wird dadurch der
ganze Verwaltungsapparat viel komplizierter. Die Anstellung
von mehr Beamten wäre eine unvermeidliche Folge! Die
Verwaltungsämter der Schulen würde ganz zweifellos stark
vergrößert! Eine große Rolle wird dabei auch die Raumver-
teilung spielen. Sie ist schon unter den jetzigen Verhältnissen
überall brennend. Hier die Schwierigkeiten der Raumver-
teilung, die zur Zeit zur Verfügung stehenden Schulhäuser
kennt, der weiß, was in dieser Hinsicht eine Differenzierung
der Volksschule in so viel verschiedene Arten zu bedeuten
kann. Der Neubau von Schulhäusern wäre unvermeidlich.
Beachtenswert: nur zu dem Zweck der räumlichen
Verstärkung der Schule! Eine nach dieser Richtung in
der Chemnitzer Denkschrift aufgestellte Wahrscheinlichkeits-
berechnung ergibt, daß für mindestens 32 neue Klassen Raum
beschaffen werden müßte. Dazu kommen noch Lehrerräume
und sonst nötige Räume. Man würde in Chemnitz min-
destens ein neues, und zwar sehr großes Schulhaus brauchen.
Überträgt man die dortigen Verhältnisse auf Dresden,
was durchaus angebracht ist, dann würde man hier min-
destens zwei neue Schulhäuser haben müssen, da
Dresden doppelt so viel Einwohner und Schulkinder hat wie
Chemnitz!

Selbstverständlich müßten auch mehr Lehrer an-
gestellt werden. Die Schulvertretung würde sehr buntgediegt
aussehen, denn jede Schulgattung würde mit Recht eine Ver-
treterin in diesen Körperlichkeiten fordern. Das ein solcher Zu-
wachs weitere schwere Komplikationen, in der allgemeinen
Schulverwaltung mit sich bringen muß, liegt für jeden Kenner
der Verhältnisse auf der Hand. Die so nötige Schuleinheit
wäre auch in dieser Beziehung in Atome zerfallen! —
Die Mehrkosten ergeben sich sicher auch für die Anschaffung
von dem erforderlichen verschiedenartigen Lehr- und Lern-
material. Die planmäßige Ausnutzung der technischen Räume
wäre arg erschwert. Kurzum: die organisatorischen und tech-
nischen Schwierigkeiten, die schon jetzt vielfach noch immer vor-
handen sind, müßten sich ins Unerträgliche steigern, die
Wohlfahrt wären enorm! Man ziehe nur aus
dem Einzelbeispiel die nötigen Schlüsse auf das ganze
Land. Es wäre recht interessant, wenn darüber besondere
Untersuchungen geschaffen werden könnten. Der jetzige Referenten-
entwurf schießt sich über diese äußerst schwerwiegende Seite
überhaupt hinweg! Man sagt sich wohl am besten: Die
Ziele, die sich das Reich darüber keine Sorgen zu machen
braucht, sind vollständig und verlässlich sind. Darüber werden
wir uns nicht erheben. Wir werden nur die Länder weiter in
der finanziellen Bewegungsfreiheit beschränken.

Wir Sozialdemokraten sind selbstverständlich nicht da-
gegen, daß für die Volksschule mehr Mittel

hergegeben werden. Im Gegenteil, wir haben das stets ge-
fordert, ohne Gegenliebe bei den bürgerlichen Verwal-
tungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden zu finden.
Aber die größeren Geldmittel sollen verwendet werden zur
Verbesserung, zum Ausbau des Schulwesens nach vor-
wärts. Hier jedoch sollen Millionen und aber Mil-
lionen flüchtig gemacht werden, damit die Volksschule un-
genügender verschlechtert, auf mittelalterliche Verhält-
nisse zurückgedrängt werden kann. Verunmündet wird
In der schönen „demokratischen Republik“! Man muß den
Mut und die Rücksichtslosigkeit bekommen, mit der dem deut-
schen Volke von der Schul- und Kirchenreaktion Derartiges zu-
gemutet wird. An dieser Rücksichtslosigkeit können und sollten
wir Sozialdemokraten für die Zukunft lernen! — Sehr ein-
dringlich und überzeugend ist, was die Chemnitzer Denkschrift
in bezug auf die Einwirkung der Kinder durch eine so ver-
schlechterte Schule sagt. Da das nicht nur für Chemnitz, son-
dern für alle großen Schulbezirke zutrifft, sei es wörtlich
zitiert:

„Es würden alle bisherigen Straßen- und Schulbezirke
aufgelöst und neu gebildet werden. Der Grundgedanke aber, der bis-
her bei der Verteilung der Kinder auf die einzelnen Schulen fast
ausschließlich maßgebend war, sollte nun nicht mehr ein-
gehalten werden, nämlich hier, die Kinder nach Wohn-
bezirken einzuschulen. Schüler, die bis in eine Schulgemein-
schaft eingeschult haben und mit ihren Mitschülern und ihrem
Lehrer durch jahrelanges Zusammenleben in ein inneres Ver-
hältnis gekommen sind, müßten dieses lösen, müßten sich an neue
Verhältnisse gewöhnen, wolle Schulwege mit in den Raum
nehmen, in nicht wenig Fällen an ihren bisherigen Schulen täg-
lich vorbeigehen und in Städtchen wandern, mit deren Verhält-
nissen sie innerlich sonst nur wenig Beziehungen hatten. Kinder,
die täglich mit ihren Schwestern im Hause, auf der Straße, in den
Familien zusammen sind, würden schulisches auseinander
gerissen werden. Die Arbeit an den Kindern müßte auf eine
neue Grundlage gestellt werden. Während bisher die Zusammen-
fassung der Schüler nach Wohnbezirken eine gewisse Lebens-
gemeinschaft im Aufwachungsritual und Erlebensgemeinschaft mit sich
brachte und damit die Grundlage für gemeinsame Schularbeit
wurde, ist die Schüler aus den verschiedenen
Bezirken durcheinandergewürfelt und damit die
gemeinsame Grundlage für die Unterrichts-
arbeit in Frage gestellt. Während bisher die Schule
bestand aus allen Schülern aus allen Gemeindefreien her-
vorgehenden, um sie zu einer Lebens- und Volksgemeinschaft mit
heranzuziehen zu helfen, muß jetzt in der Kinderswelt das
Gefühl des Trennenden in äußerlichster
Weise erweckt werden. Was die alte Landesschule schon eine
Gefahr für die Erziehung zur Volksgemeinschaft, so muß es diese

Organisation der Volksschule in noch viel härterer Maß sein.
weil hier der Trennungstrieb nicht in wirtschaftlichen oder gesell-
schaftlichen Dingen, sondern in der geistigen und sittlichen Ein-
stellung zu dem Gesamten liegt, die aber vielfach auch mit den
wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Schulverhältnissen zusammenhängt.
Daraus ergeben sich die Kinder ohne Zweifel aus bisherigen
Verhältnissen auch in Hinblick auf Lehr- und Lernmittel, die in
der Schulform am besten werden sollen. Wenn das der Entwurf
auch nur zunächst für die Volksschule fordert, so ist doch nicht
einzusehen, warum nicht für alle anderen Formen der Schule das-
selbe Recht gefordert werden wird, zumal sich ja der Entwurf
schon überall den Anschein der Behauptung vollster Gleichberechtigung
der Volksschule und Volksschulungsform gibt.“

Es wird im Kampfe gegen das beabsichtigte Attentat auf
die Volksschule sehr nachdrücklich auch auf die hier besprochenen
Verhältnisse hingewiesen werden müssen. Vielleicht macht das
auf manchen aus den Kreisen Eindruck, die sonst der drohen-
den kulturellen Gefahr ziemlich gleichgültig gegenüber-
stehen. Besonders die Gemeindevertreter müssen auf diese
Seite der Angelegenheit aufmerksam gemacht werden. Denn
wir haben alle Register zu ziehen, um das Schlimmste zu
verhindern! —

Wahlen in Memel

L. Memel, 20. Oktober. (Fig. Tracht.) Die Beteiligung an
den in Memel anstehenden Wahlen erreichte durchschnittlich
eine Höhe von 90 Prozent. An der Stadt Memel wurden für die
Sozialdemokratie 2446 Stimmen, für die Memelländische Volks-
partei 12198 Stimmen, für die Kommunisten 1139 Stimmen, für
die Memelländische Landvolkpartei 202 Stimmen und für
die litauischen Parteien und die kleineren Splittergruppen 521
Stimmen abgegeben. Im Vergleich zu den letzten Wahlen hat die
Sozialdemokratie einen Rückgang zu verzeichnen, der in erster Linie
auf die Auswanderung von 1000 organisierten Parteimitgliedern
nach Deutschland zurückzuführen ist. Die Kommunisten haben mehr
als 60 Prozent ihrer früheren Stimmzahl verloren. Die Memel-
ländische Volkspartei, die Landvolkpartei und die Sozial-
demokratie, die zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen waren,
haben nach der bisherigen Fällung 20825 Stimmen erhalten.
Ihren Stimmen haben nur 2446 Stimmen der litauischen Parteien
entgegen. Die Wahl hat gezeigt, daß die litauischen Parteien im
Memelgebiet sich in einer absoluten Minderheit befinden und die
von der Fronte nach Abschluß des Versailler Vertrages abgetrennte
Volkspartei einen klärenden Sieg des Deutschturns ergehen
hätte. Es ist der Stolz der memelländischen Sozialdemokratie,
an diesem Siege beteiligt zu sein!

Mit verkehrter Front

Der Münchner Dolchstoßprozess

Der sogenannte Dolchstoßprozess des Verlegers der
Süddeutschen Monatshefte, Nikolaus Cohnmann, gegen
unser Münchner Parteiblatt, die Münchner Post, hat bei der
Öber der deutschen Rechtspreffe, Agitationsmaterial gegen die
Sozialdemokratie zusammenzubringen, einen unbedeutend
großen Widerhall in ganz Deutschland gefunden. Dabei ist
zu beachten, daß dieser Prozess ebenso wie der Groesmil-
liener Prozess mit „verkehrter Front“ durchgeführt
wird. Das Dolchstoßthema in seiner verlegenden Zuspitzung
ist bekanntlich nicht von unserm Münchner Parteiblatt in die
Deffentlichkeit gezogen worden, sondern durch Herrn Nikolaus
Cohnmann, der durch eine Materialsammlung einseitiger
Art die Gefühle der politisch Andersdenkenden aufs schwerste
verletzen mußte. Erst die geradezu ungeheuerlichen Anschul-
digungen Cohnmanns gegen die deutsche Sozialdemokratie
und die deutsche Arbeiterschaft schließlich veranlaßten die
Münchner Post zu einigen geharnischten Antwortartikeln, die
an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen.

Dieser „Dolchstoßprozess“ kann jedoch für den objektiven
Geschichtsforscher nie und nimmer als objektives
Forum für den geistigen Kampf um die Ursachen des Zu-
sammenbruchs anerkannt werden. Was da vor dem Münchner
Gericht in den nächsten Tagen und Wochen diskutiert werden
wird, hat mit einer modernen Gerichtsverhandlung
nicht mehr das geringste zu tun. Gründe der
journalistischen und politischen Reklame veranlassen einen
ehrgeizigen Publizisten, diesen Prozess anhängig zu machen,
in der einseitigen Absicht, einem historisch-politischen Disput
vor den Schranken des Gerichts einen möglichst großen
Widerhall in der Presse und in der Deffentlichkeit zu geben.
Wenn es schon dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß
über die Ursachen des Zusammenbruchs trotz sorgfältiger
Auswahl militärischer Sachverständigen und trotz einer ge-
wissen Berücksichtigung der Anschuldigungen der deutschen Ein-
partei über den Zusammenbruch nicht gelang, ein ver-
trauenswürdiges Forum zu fällen, das auch von der linken
Seite des Reichstages mit gutem Gewissen hätte anerkannt
werden können, so darf die Münchner Gerichts-
kommission über den sogenannten Dolchstoß der
deutschen Arbeiterschaft lediglich als eine
Farce bezeichnet werden.

Zu übrigen wird sich dieser Dolchstoßprozess immer
mehr zu einem „Prozess Cohnmann“ entwickeln. Denn Cohn-
mann ist es, der ihm das Siegel seiner Persönlichkeit auf-
gedrückt hat. Dieses Siegel aber ist an wichtigen Stellen
schon ramponiert. Cohnmann hat bekanntlich schon während
des Krieges durch seine Treibereien innerhalb der soge-
nannten „Vaterlands-Partei“ die Gegenstände im deutschen
Volke bis zur Unertlichkeit vertieft. Der Prozess des Frei-

burger Privatdozenten Valentin gegen Nikolaus
Cohnmann, der die struppige Art, mit der Cohnmann ver-
trauliche Gespräche durch Aufnahme „privater Protokolle“ für
seine politischen Ziele auszunutzen verstand, an den Tag ge-
bracht hat, ist noch in frischer Erinnerung. Seine unruhig-
lich bekannten Beziehungen zu dem Historiker Erich Marks,
seine erbauliche Wandlungsfähigkeit, seine Verbindung mit
der geschiedener Frau Fehrenbach, um deren
Mann ins Justizhaus zu bringen, dürften das Gericht grund-
lich beschäftigen.

So wird man von dem Dolchstoßprozess allerlei inter-
essante Dinge zu hören bekommen, jedoch keine Argumente
über die Ursachen des Zusammenbruchs, sondern über den
geistigen „Gehalt“ von Versäulungen, die sich berufen
föhlen, der deutschen Arbeiterschaft eine Sorte von Landes-
verrat anzuhängen, die sie selbst in höchstem Maße betrieben
haben — unter der repräsentativen Maske der „Vaterlands-
partei“.

Der zweite Verhandlungstag

Der Major Cohnmann und seine nationalpolitischen
Hintermänner erließen am zweiten Verhandlungstage im
Münchner Dolchstoß-Prozess eine offene Erklärung. Die
ersten drei Zeugen, außer dem Major, erschöpften sich in
abgemessenen Reden über Dinge, die allgemein bekannt und von niemand
bestrittene Dinge, durch die die Sozialdemokratie und ihre Führer
in keiner Weise belastet werden konnten. Als diese Zeugen auf die
präzise Frage des Verteidigers Dirckberg nach konkretem Ma-
terial über die behauptete sozialdemokratische Verleumdung
der Front antworten sollten, verhielten sie sich wie in einem
Freunde Lubendorffs, der sagt, der, in die Engen getrieben,
sich schließlich mit dem Gehäufte retten wolle: „Ich bin kein Poli-
tiker, sondern reiner Militär und rede hier überhaupt nicht von
Tatsachen, sondern nur von Einwürfen.“ Interessant war auch,
daß der Zeuge Major a. D. von Kocher als Leiter der Spionage-
Abwehrleitung im Kriege die russische Gefandtschaft in
Berlin betreiben wurde, glaubte der Sozialdemokrat, die nach
dem Frieden von Versailler durch die russische Gefandtschaft in
Berlin hängen zu können, dabei aber zugehend, daß die kaiserliche
Regierung nicht den Mut hatte, durch Reichsagitation des Kurier-
gehäufte des Gehäufte Jaffe der verschiedensten Einfuhr von Anti-
Frontmaterial aus dem Ausland einen Riegel vorzusetzen. Dieser
Major Kocher machte seine Aussagen überaus an Stelle des als
Hauptzeugen behandelten Juristen Christ Nicolai, der seiner Ver-
nehmung auswichen ist, indem er sich durch Krankheit entschul-
digen, ebenso der Major a. D. Silberbrandt, an dessen Stelle unter
keinem Widerpruch des Gerichts selbstverständlich sein Vater, General
Silberbrandt, trat. Er ist ebenfalls Verfasser eines Artikels im
ersten Dolchstoß-Buch und vermag nur Angaben zu machen, die aus
diesem Artikel schon bekannt sind. Eigene Kenntnis von
den Vorgängen an der Front hat er überhaupt nicht.